

Sitzungsdauer	20.00 Uhr bis 22.10 Uhr
Vorsitz	Cécile Mounoud, Präsidentin
Protokoll	Philipp Meier, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Rosmarie Joss Catalina Wolf-Miranda
Anwesend	34 Mitglieder
Abwesend	Esther Sonderegger Peter M. Wettler
Behördenvertreter	Stadtpräsident Otto Müller Vizepräsident Jean-Pierre Balbiani Stadtrat Roger Bachmann Stadtrat Roger Brunner Stadtrat Heinz Illi Esther Tonini
Entschuldigt	Stadtrat Rolf Schaeren
Weibeldienst	PS Andreas Bachofner

Mitteilungen

- a) Der Stadtrat hat die Interpellation von Martin Müller betreffend Investitionsbedarf Rapidplatz am 20. April 2015 beantwortet.
- b) Der Stadtrat hat das Postulat von Rochus Burtscher und 20 Mitunterzeichnenden betreffend Entlastung Termindruck neues Schulhaus am 20. April 2015 beantwortet.
- c) Der Stadtrat hat das Postulat von Reto Siegrist und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Zentrale Beschaffungsstelle am 20. April 2015 beantwortet.
- d) Samuel Spahn hat seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 2. Juli 2015 erklärt.

Persönliche Erklärung von Martin Müller

Martin Müller (DP) erklärt, dass ihn die FDP-Fraktion mit ihrer moralintriebenden Fraktionserklärung vom 9. April 2015 genötigt hat, gewisse Sachen ins richtige Licht zu rücken. In der bescheidenen Gedankenwelt der FDP gibt es nur eine Möglichkeit wenn jemand sagt, so mache man kleine Friederich Leibacher: Der will sich damit profilieren. Dabei habe er das nur gesagt, weil er ganz einfach Angst habe, auch er könnte als Mitglied dieses Parlaments unverschuldet zur Zielscheibe eines solchen fehlgeleiteten Irren werden.

Mit ihrer Forderung, so etwas hier nie wieder hören zu wollen, tritt die FDP die Meinungsfreiheit mit Füßen und wirft damit einmal mehr ihre liberalen Grundwerte über Bord. Selbstverständlich hat die Meinungsfreiheit ihre Grenzen, aber die definiert das Gesetz und nicht die Dietiker FDP-Fraktion nach ihrer eigenen Moral. Der politisch Korrekte fragt sich leider nur, wie er demonstrieren kann, dass ein Wort, das andere in dumpfer Gedankenlosigkeit verwenden, herabwürdigend oder aus-

15. Sitzung vom 7. Mai 2015

grenzend ist. Er ist geradezu zwanghaft dazu getrieben, seine Moral über die Anderer zu stellen, um sich als besseren Menschen darzustellen. Er vergiesst Tränen, zum Beispiel über die Opfer von Zug und mobbt gleichzeitig bedenkenlos Andersdenkende. Sie seien vom Volk dazu verurteilt, ihm vier Jahre lang zuzuhören. Und wie von jedem Verurteilten erwarte er, dass sie ihre Strafen demütig absitzen.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 9. April 2015 ging ein Berichtigungsantrag von Esther Sonderegger-Stadler (SP) ein.

Traktandenliste

Das Traktandum 7 entfällt wegen Abwesenheit von Esther Sonderegger-Stadler.

Weiter werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

23-2015

Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Daniela Howald (SVP):

Was passiert mit den leerstehenden Räumlichkeiten neben dem Bahnhof seit dem Auszug des Brockis?

Sozialvorstand Roger Bachmann beantwortet die Frage anstelle des abwesenden *Finanzvorstandes Rolf Schaeren* wie folgt:

Die Räumlichkeiten im Gebäude an der Buchsackerstrasse 21 sind alle an das DOCK Limmattal vermietet. Die Lokalitäten werden als Lager und Aufbereitungsräume des Brockenhauses genutzt.

Mit Datum vom 30. April 2015 (Eingang Liegenschaftenverwaltung: 4. Mai 2015) hat das DOCK Limmattal den Mietvertrag per 31. Juli 2015 gekündigt. Eine interne Nutzung wird nun geprüft, ansonsten wird eine weitere externe Vermietung angestrebt.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Martin Müller (DP):

Wie viel hat der Mitte April in die Haushalte verteilte Pro-Limmattalbahn Flyer gekostet, wurde er auch in Gemeinden verteilt, die nicht als Herausgeber figurieren und wie hoch wurde der Dietiker Steuerzahler durch diese Aktion belastet?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Das Schreiben zur Limmattalbahn an die Haushalte diente der öffentlichen Information nach der Abstimmung im Kantonsrat vom 30. März 2015. Das Informationsschreiben wurde von den Gemeinden Dietikon, Schlieren, Spreitenbach und Urdorf gemeinsam erstellt und in alle Haushalte der vier Gemeinden verteilt.

Für Inhalt, Grafik, Druck und Verteilung entstanden der Stadt Dietikon Kosten in der Höhe von Fr. 4'438.00 inkl. MWST. Das entspricht ca. 35 Rappen pro Haushalt bzw. ca. 17 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner.

Sitzung vom 7. Mai 2015

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Martin Müller (DP):

Hat der Stadtrat, der bekanntlich das Referendum gegen die Gebühreninitiative des Gewerbeverbands unterstützt, dem Komitee, das die Nein-Kampagne führt, aus Steuergeldern Mittel zufließen lassen oder wurden Gelder in der Kompetenz einer Verwaltungsstelle gesprochen und wenn ja wie viel?

Sozialvorstand Roger Bachmann beantwortet die Frage anstelle des abwesenden *Finanzvorstandes Rolf Schaeren* wie folgt:

Nein.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Max Wiederkehr (CVP):

Wie sieht der detaillierte Terminplan für die Erstellung der Schulraumprovisorien auf dem Areal der Schule Steinmürli aus? Wo stehen wir heute und wann sind die Provisorien bezugsbereit?

Hochbauvorsteherin Esther Tonini beantwortet die Frage wie folgt:

Die Hochbauabteilung hat nach intensiven Abklärungen und Koordinationen am letzten Mittwoch die Baukommission über das straffe Vorgehen zur Planung und Realisierung des Schulprovisorium Steinmürli orientiert. Weder der Stadtrat noch die betroffenen Schulen sind bisher informiert. Sobald dies geschehen ist, wird eine offizielle Kommunikation erfolgen. Der Stadtrat wird erst nächste Woche informiert werden.

Max Wiederkehr (CVP) fragt ergänzend nach, wann die Provisorien bezugsbereit sind.

Hochbauvorsteherin Esther Tonini erklärt, dass man dazu noch nichts sagen möchte. Man ist mit Hochdruck an diesem Projekt dran.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Max Wiederkehr (CVP):

Wie uns der Stadtrat informiert hat, soll wegen fehlenden Schulräumen das Schulhaus Wolfsmatt erweitert werden. Wie sieht der Ablaufterminplan für den erforderlichen Architekturwettbewerb aus und wie ist der Stand heute?

Sitzung vom 7. Mai 2015

Hochbauvorsteherin Esther Tonini beantwortet die Frage wie folgt:

Momentan laufen Abklärungen (GEAK/Sanierungskonzept Energie, Schutzwürdigkeit Gebäude usw.) für den Massnahmenkatalog zur Instandsetzung der Schulanlage Wolfsmatt. Diese sollten bis zum Sommer 2015 abgeschlossen sein. Danach wird das Wettbewerbsprogramm vorbereitet, wozu insbesondere das Raumprogramm vervollständigt und die Rahmenbedingungen für die Ausführung definiert werden müssen. Die Publikation resp. der Start des Wettbewerbs ist auf Herbst 2015 vorgesehen. Dieser wird ca. Ende 1. Quartal 2016 mit einer Jurierung abgeschlossen.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Charlotte Keller (SVP):

Können die öffentlichen Parkplätze bei der Stadthalle für private Anlässe gemietet werden und was kostet dies?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Die öffentlich-rechtlich signalisierten Parkflächen bei der Stadthalle stehen allen Automobilistinnen und Automobilisten im Rahmen der Parkzeitbeschränkung gleichermassen zur Verfügung. Für die Benützung der Parkplätze sind die Ticketautomaten zu bedienen. Die Parkplätze können grundsätzlich nicht für private Anlässe gemietet werden. Nur bei Vorliegen eines ausgewiesenen, öffentlichen Interesses kann die Stadt eine Bewilligung zur exklusiven Benützung der Parkplätze aussprechen. Für Anlässe in der Stadthalle stehen rund 40 private Parkplätze zwischen Halle und Allmend zur Verfügung, die durch die Genossenschaft Stadthalle verwaltet werden.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Esther Wyss-Tödtli (SVP):

Weshalb musste Toni Kessler (SVP) beim Wohnungswechsel von Dietikon nach Bergdietikon das Wahlbüro per sofort verlassen – und am 9. April 2015 wurde ein neues Mitglied mit Wohnsitz in Islisberg gewählt?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Die Wohnsitzvoraussetzungen für Behördenmitglieder sind im Gesetz über die Politischen Rechte, § 23 Abs. 3, wie folgt geregelt: Für die Wahl in andere Organe der Gemeinde *kann* die Gemeindeordnung den politischen Wohnsitz in der Gemeinde oder im Kanton vorschreiben. Für die Mitglieder des Wahlbüros gelten gemäss Gemeindeordnung der Stadt Dietikon keine speziellen Wohnsitzvorschriften. Wohnsitzvorschriften wurden nur für den Stadtrat, die Gemeinderäte und die Mitglieder der Schulpflege festgelegt.

Die Aussage der Stadtkanzlei zur Wohnsitzpflicht von Toni Kessler als Mitglied des Wahlbüros war insofern falsch; dafür entschuldigt sich der Stadtpräsident bei Toni Kessler.

Sitzung vom 7. Mai 2015

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Samuel Spahn (Grüne):

Bei der Sanierung der Kronen-Fassade wurde versprochen, auf den Turmfalken der dort sein Nest hat, Rücksicht zu nehmen. Heute ist vor dem Nistplatz ein Gitter angebracht. Wer hat das veranlasst?

Sozialvorstand Roger Bachmann beantwortet die Frage anstelle des abwesenden *Finanzvorstandes Rolf Schaeren* wie folgt:

Die beiden Maueröffnungen in den Giebelfassaden unterhalb des Daches wurden bei der Sanierung der Krone als Luftauslässe für die Lüftungsanlagen benötigt und deshalb mit Gittern versehen.

Samuel Spahn (Grüne) erklärt, dass er nicht glauben kann, dass man nicht eine andere Lösung - z.B. über das Dach - für die Lüftung gefunden hat.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Samuel Spahn (Grüne):

Die Fläche zwischen der Panzersperre zwischen dem Friedhof und den Schrebergärten in der Vogelau wurde mit Herbizid behandelt. Wie wird das für diese naturnah zu pflegende Fläche begründet?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner beantwortet die Frage wie folgt:

Die Fläche war sehr stark mit Neophyten belastet und musste punktuell mit Pflanzenschutzmitteln bearbeitet werden, um eine Ausbreitung dieser hartnäckigen Neophyten auszuschliessen. Anscheinend wurden diese durch illegale Materiallagerungen eingeschleppt und mussten nachhaltig entfernt werden.

In der Infrastrukturabteilung gibt es zwei Mitarbeiter, die im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln geschult sind. Eine Beeinträchtigung der angrenzenden Grünflächen ist somit auszuschliessen.

Samuel Spahn (Grüne) erklärt, dass es ihm nicht um die Beeinträchtigung der angrenzenden Grünflächen geht, sondern um den Einsatz von Pestiziden. Für ein nächstes Mal soll man doch einige Leute aus dem Pfuusbus engagieren, welche diese Neophyten ausreissen. So hätten diese eine sinnvolle Beschäftigung.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner bemerkt, dass die Neophyten bekämpft werden müssen und dafür der Einsatz von Pestiziden unumgänglich ist.

Samuel Spahn (Grüne) erwidert darauf, dass es auch ohne geht, es braucht einfach etwas mehr Ausdauer.

Sitzung vom 7. Mai 2015

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Lucas Neff (Grüne):

Ist es sinnvoll, im Zusammenhang mit der Sanierung des Pausenplatzes Zentral auch die Angliederung/Aufhebung der Schulstrasse zu prüfen?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Im Zusammenhang mit der Sanierung und Neugestaltung ist aus Sicht der Schulanlage der Einbezug des Strassenraumes sinnvoll. Da der neue Hochbau (Velounterstand mit Nebennutzungen) angrenzend an die Schulstrasse geplant ist, muss die Schnittstelle Strasse/Pausenplatz ohnehin neu definiert/gestaltet werden. Die Erschliessung der Grundstücke ist dabei zu berücksichtigen. Im Moment ist noch offen, in welchem Umfang die Strasse tangiert wird.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Lucas Neff (Grüne):

Wie viel städtisches Personal und wie viele gewählte Wahlbüromitglieder wurden bei den letzten Kantonsratswahlen und Regierungsratswahlen am Sonntag zum Auszählen eingesetzt? Welche Grundsätze gelten für die Entlohnung dieser Sonntagsarbeit? Wird bei "Flaute" zuerst das städtische Personal entlassen oder die Mitglieder vom Wahlbüro?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Das Wahlbüro besteht aus 60 Mitgliedern; diese werden bei den grossen Wahlen auf kommunaler Ebene (Gemeinderat), kantonaler und nationaler Ebene vollständig aufgeboten. Für den Wahltag vom 12. April 2015 wurden somit alle 60 Mitglieder aufgeboten. Dabei haben sich 9 Mitglieder entschuldigt. Bei grossen Wahlen darf von Gesetzes wegen Verwaltungspersonal beizogen werden. Im April waren 77 Personen der Verwaltung im Einsatz, wobei dabei auch das Personal des Hausdienstes und der Stadtkanzlei miteinbezogen sind. Letztere sind bei Abstimmungen und Wahlen immer im Einsatz.

Das Wahlbüro wird mit Fr. 40.00 pro Stunde entschädigt. Zudem werden die Wahlbüromitglieder mit Gipfeli und Brötli, Kaffee, Sandwiches, Früchten und Getränken verpflegt. Kaffee und Gipfeli gibt es nur an den grossen Wahltagen. Das Verwaltungspersonal hat die Wahl zwischen der Wahlbüroentschädigung von Fr. 40.00 netto oder der 1.5-fachen Arbeitszeitgutschrift.

Es gibt bei der Auszählung keine "Flauten". Bei sehr geringer Wahlbeteiligung - wie dies bei den letzten Wahlen der Fall war - kann es vorkommen, dass der Urnenschluss von 12 Uhr abgewartet werden muss, damit die Auszählungsarbeit abgeschlossen werden kann. Die Entlassungen aus dem Wahlbüro geschahen nicht aufgrund der Differenzierung zwischen Wahlbüromitgliedern und städtischem Personal, sondern etappenweise (pro Arbeitstisch) und je nach Einsatzort.

Sitzung vom 7. Mai 2015

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Catalina Wolf-Miranda (Grüne):

Das Flaggschiff-Projekt gegen die Verschwendung von Lebensmitteln (Foodwaste) wurde schon in Thalwil, Birmensdorf und Urdorf lanciert. Laut Artikel im Limmattaler vom 17. März 2015 zeigt auch Dietikon Interesse an diesem Projekt und der Sozialvorstand steht in Kontakt mit der Initiantin Hélène Vuille. Wie ist der Stand dieser Gespräche? Wie stehen die Chancen, dieses Projekt auch in Dietikon zu etablieren?

Sozialvorstand Roger Bachmann beantwortet die Frage wie folgt:

Als Vorbemerkung gilt zu erwähnen, dass die Sozialabteilung, aufgrund der Ressourcen, nicht in der Lage ist, dieses Projekt selbst zu betreiben.

Frau Vuille ist mit ihrem Anliegen schon letztes Jahr an die Leiterin der Sozialabteilung gelangt. Es wurde ein Termin mit den Leitenden Sozialberatung und Intake vereinbart. Im Gespräch wurde das weitere Vorgehen besprochen. Aufgrund verschiedener Abwesenheiten konnte der Termin erst für den 22. Mai 2015 festgelegt werden. An dieser Sitzung wird das konkrete Vorgehen geklärt (wer soll berechtigt sein zum Bezug, wo sollen die Lebensmittel abgegeben werden, was für Bezugskarten werden ausgestellt, wer gibt diese ab, etc.). Teilnehmen werden die Leitenden der Sozialberatung und Intake, die Verantwortlichen der reformierten und katholischen Kirche sowie Frau Vuille. Die Sozialabteilung ist überzeugt, dass es eine gute Lösung zur Umsetzung des Vorhabens geben wird. Das Ziel ist, dass man das Projekt vor den Sommerferien lancieren kann.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Nadine Burtscher (EVP):

Wie sieht die Erschliessung des Einzugsgebietes der jetzigen Bushaltestellen „Hofacker“ und „Dörfli“ aus, wenn die LTB da ist und die Buslinie 303 abgeschafft wurde?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Dannzumal, so der heutige Wissensstand, verkehren die Buslinien 311 und 314 über die Schöneggstrasse. Der 311er und 314er bedienen die beiden Haltestellen "Dörfli" und "Hofacker". Man kann also sagen, dass die Erschliessungsqualität zusammen mit der LTB insgesamt zunimmt.

Sitzung vom 7. Mai 2015

**GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Stephan Wittwer (SVP):

Beteiligt sich die Stadt Dietikon finanziell am Abstimmungskampf des HEV zur Volksinitiative „Ja, für faire Gebühren“, die am 14. Juni 2015 zur Abstimmung kommt?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Die Stadt beteiligt sich finanziell nicht am Abstimmungskampf.

**GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Sven Johannsen (GLP):

Was sagt der Stadtrat zur Wertstoffsammlung Zelgli in Bezug auf eine Erweiterung mit Holzabgabe? Es besteht derzeit keine Sammelstelle für Holzprodukte, eine Abgabe für Styropor hingegen besteht. Wieso wird kein Holz gesammelt (z.B. behandeltes Holz)? Nicht alle besitzen ein Auto und können in die Kehrichtverbrennungsanlage fahren.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner beantwortet die Frage wie folgt:

Man hat sich auf Sammelgut festgelegt und die Wertstoffsammlung anschliessend erweitert. Würde man auch noch eine Holzabgabe installieren, käme dies einer Sperrgutsammlung gleich. Man müsste dafür eine Presse haben. Daher hat man sich entschieden, dies nicht anzubieten. In Dietikon reicht die nahegelegene Limeco aus zum Entsorgen.

Sven Johannsen (GLP) fragt ergänzend, ob man Holz bis zu einem halben Meter Länge beispielsweise abgeben könnte.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass dies nur zu Diskussionen führen würde, die man nicht will. Daher ist ganz klar, dass das Holz in der Limeco zu entsorgen ist.

**GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 7. Mai 2015**

Frage von Anton Kiwic (SP):

Ist der Stadtrat im Wissen über den Zustand des Fumoirs im Ruggacker? Wenn ja, hat die Feuerpolizei das so abgenommen?

Sitzung vom 7. Mai 2015

Hochbauvorsteherin Esther Tonini beantwortet die Frage wie folgt:

Sie ist in Unkenntnis über diesen Sachverhalt und nimmt die Frage im Sinne einer Kleinen Anfrage entgegen.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Stephan Wittwer (SVP):

Wie viele Autos können an der Holzmatt-/Rüternstrasse abgestellt werden, bis man da nicht mehr durchkommt? Die Autos stehen dort auf der linken, wie auch auf der rechten Strassenseite und versperren so die Strasse. Wird hier etwas unternommen oder muss man das einfach so hinnehmen?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Dass diese Problematik bestehe, ist ihm neu. Er nimmt das Anliegen gerne auf. Die Stadtpolizei wird sich ein Bild davon machen.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 7. Mai 2015

Frage von Werner Hogg (FDP):

Was hat der Stadtrat für einen Einfluss auf die Sauberkeit im Zentrum? Jeden Sonntagmorgen herrscht rund um die Passage beim Denner, Gidor, Tomate eine riesen Sauerei.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Mit den Zentrumsäden wurden vor einiger Zeit Vereinbarungen betreffend Abfall getroffen. Soweit bekannt, handelt es sich beim erwähnten Durchgang um privates Eigentum. Man muss versuchen, mit den betroffenen Eigentümern dieser Passage ebenfalls eine Vereinbarung zu finden.

B1.01.04.10 Privater Gestaltungsplan Sonnenhof

24-2015

Privater Gestaltungsplan Sonnenhof

Interpellation

Manuel Peer (SP), Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 5. Februar 2015 folgende Interpellation eingereicht:

"Noch bis Anfang Februar liegt der private Gestaltungsplan für Ersatzneubauten an der Sonnenhofstrasse öffentlich auf. Es darf angenommen werden, dass dies der Anfang einer etappenweisen Erneuerung des nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Quartiers ist. Die Stadterneuerung im Gebiet ist grundsätzlich zu begrüssen. Es bietet sich auch die Gelegenheit, die Interessen der Stadt einzubringen.

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Hat der Stadtrat eine Gesamtplanung, gemeinsam mit den Grundeigentümern, mit Einbezug der teilweise maroden Schulanlagen in Erwägung gezogen?*
- 2. Wurden die Grundeigentümer darauf hingewiesen, dass ein Anteil gemeinnütziger Wohnungsbau erwünscht ist?*
- 3. Hat der Stadtrat Grundsätze oder Bedingungen, welche generell an Gestaltungspläne und im Speziellen an Stadterneuerungsprojekte gestellt werden?"*

Mitunterzeichnende:

Wettler Peter M.
Spahn Samuel
Joss Ernst

Peer Catherine
Neff Lucas

Joss Rosmarie
Kiwic Anton

Koller Metzler Sven
Wolf-Miranda Catalina

Begründung

Manuel Peer (SP) erklärt, dass das Gebiet Sonnenhof das östliche Ende eines grossen Quartieres ist, welches kurz nach dem 2. Weltkrieg entstand. Es ist etwas in die Jahre gekommen. Dass die Stadterneuerung dort anfängt, ist gut und bietet viele Chancen. Das Quartier hat durchaus Charme, welchen man sicherlich nicht negieren kann. Er macht ein Beispiel einer Gemeinde aus dem Kanton Aargau zum Thema Gebietsplanung.

Wenn sich eine kleine Landgemeinde aus dem Aargau für seine Gemeinde aktiv einsetzen kann, dann sollte das auch in Dietikon möglich sein. Auch Schlieren hat das schon aktiv gemacht und engagiert mit den Grundeigentümern zusammengearbeitet.

Es bietet Chancen für die Stadt. Dietikon verfügt über eine grosse Schulanlage mit zwei Kindergartenprovisorien, welche sehr alt sind. Es besteht Handlungsbedarf. Es ist auch eine Chance, die Strassen zusammen mit der Gebietsentwicklung neu zu gestalten. Mehr Ausnutzung und höhere Qualität bringen sowohl den Investoren wie auch der Stadt etwas. Es zieht ein gehobeneres Klientel in das Quartier. Zudem kann man bei der Etappierung mitreden, beispielsweise bei der Schulraumplanung. Die Verwaltung sowie der Stadtrat könnten so die Operateure auf privater Seite kennenlernen und dadurch Vertrauen aufbauen. Man kann herausfinden, was beiden etwas bringt.

Natürlich birgt es auch Risiken in sich. Diese sind jedoch an einem kleinen Ort. Natürlich braucht es auch Geld, welches vielleicht in den Sand gesetzt werden könnte, wenn etwas nicht funktionieren

würde. Dabei geht Manuel Peer aber von maximal Fr. 250'000.00 bis Fr. 500'000.00, verteilt über ein paar Jahre, aus. Das Risiko wäre also für die Stadt eher gering.

Ratspräsidentin Cécile Mounoud stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

S1.13 Schulraumplanung, Schülerbestände

25-2015

Idee Schönegg

Postulat

Lucas Neff (GP), Manuel Peer (SP), Reto Siegrist (CVP), Mitglieder des Gemeinderates, und 19 Mitunterzeichnende haben am 5. März 2015 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird ersucht, im Gebiet zwischen dem Schulhaus Zentral und der Schöneggstrasse, eine flexibel nutzbare Gesamtüberbauung für Schul-, Verwaltungs-, Kultur und Gewerbenutzung mit einer Dreifachturnhalle, im Sinne des Vorschlags Neff, zu prüfen.

Begründung:

Seit langem werden die verschiedensten Standorte für einen Ersatz des abgelehnten Mietschulhauses im Limmatfeld debattiert.

Anstatt "Hoffnung" und "Planung von Provisorien" schlagen wir eine, nicht nur auf die Schulraumdefizite ausgerichtete, Lösung vor:

Die Stadt besitzt in der Ecke Schönegg-/Bremgartnerstrasse ein grosses zusammenhängendes Gebiet, begrenzt durch die neue Überbauung Oechslin, das Zentralschulhaus und die beiden Strassen. Dies bietet die Gelegenheit für eine Gesamtüberbauung, mit welcher vorerst die aktuelle Notlage der Schule für mehrere Jahre abgedeckt werden kann. Die Anlage wäre gross genug, um als eigenständige Schuleinheit organisiert zu werden, so dass das Zentral nicht zu gross wird.

Die zentrale Lage vis-à-vis vom Stadthaus macht sehr vieles möglich.

Wir denken an:

- *die Zwischennutzung für ein definitives Schulhaus Limmatfeld;*
- *Ersatzstandort für Schuleinheiten bei Schulhausrenovations-Bedarf;*
- *Ersatzstandort für Renovationsarbeiten am Gewerbeschulhaus;*
- *Erweiterungsräume für die Verwaltung (KESB, Schule, Sozialamt usw.);*
- *Raum für die Ansiedlung von zum Beispiel einer Internationalen Schule;*
- *Lokalitäten für Vereine, ob Sport, Kultur und Musik;*
- *Attraktiver Wohnraum im Zentrum;*
- *Eine Dreifach-Turnhalle im Herzen der Stadt.*

Das Bauwerk soll im Innern so aufgebaut sein, dass neben der Schule flexible Nutzungen als Büroräume, z.B. für die Stadtverwaltung oder für Dienstleistungen aller Art (Praxen etc.), möglich sind. Auch die heutigen kulturellen Angebote wie der Übungsraum der Stadtmusik oder das "One" sollen im Ensemble Platz finden, idealerweise als multifunktionale Kulturräume.

Es bietet sich hier die Gelegenheit, mit einem grossen Wurf mehrere anstehende Probleme zu lösen und die Mitte Dietikons zu stärken. Gleichzeitig kann der öffentliche Raum am südlichen Eingang zum Stadtzentrum neu gestaltet werden."

Sitzung vom 7. Mai 2015

Mitunterzeichnende:

Wolf-Miranda Catalina
Peer Catherine
Müller Philipp
Studer Roger
Ilg-Lutz Christiane

Spahn Samuel
Olivieri Gabriele
Romer Martin
Wiederkehr Max
Koller Metzler Sven

Joss Ernst
Burtscher Nadine
Müller Raphael
Johannsen Sven
Sonderegger Esther

Wettler Peter M.
Kiwic Anton
Hogg Werner
Joss Rosmarie

Begründung

Lucas Neff (Grüne) erklärt die Konzeptidee. Städtebaulich und architektonisch soll ein gutes Gebäude, das multifunktionell genutzt werden kann für die Bereiche Schule/Büro/Gewerbe und Wohnen, erstellt werden. Diese Bereiche könnten beispielsweise bei der Inbetriebnahme abgedeckt werden, jedoch sollen auch Anpassungen an die Bedürfnisse im Laufe der Zeit möglich sein. So zieht er als Beispiel das Gebäude vis-à-vis, die Stadtbibliothek, heran, welches ebenfalls verschiedensten Nutzungen diene und dient.

Gerade Räumlichkeiten, wie eine Aula oder eine Dreifachturnhalle, sollen in der "freien Zeit" auch Vereinsaktivitäten zugutekommen. In sinnvollem Rahmen können auch ganz grundsätzlich gemeinnützige Räume für Vereine und Kultur integriert werden. Die zentrale Lage gegenüber dem Stadthaus macht sehr vieles möglich. So denken die Postulanten beispielsweise an eine Zwischennutzung für ein definitives Schulhaus Limmatfeld, an einen Ersatzstandort für Renovationsarbeiten am benachbarten Gewerbeschulhaus, aber auch bei den übrigen Schulhäusern der Stadt, an Erweiterungsräume für die Verwaltung, an Raum für die Ansiedlung beispielsweise einer internationalen Schule, an Lokalitäten für Vereine, für Sport, Musik oder Kultur, an attraktiven Wohnraum im Zentrum sowie an eine Dreifach-Turnhalle im Herzen der Stadt.

Dietikon ist eine urbane Stadt, eine Stadtgemeinschaft, die lebt, gerade auch weil Zeugen seiner Geschichte noch vorhanden sind. Katholisch und reformiert wird in Dietikon noch immer gelebt, auch wenn immer wieder neue Kulturen dazukommen. Eine gute Stadt braucht grosszügige Strukturen. Die Zähringer haben in Bern, Freiburg, Zofingen, etc. gezeigt, dass diese gut gestaltet sein müssen. Dann lebt eine Stadt und ist nicht einfach eine Verdichtung von Verkehr, Wohnen und Arbeiten. Diese Chance hat Dietikon im Bereich Schöneegg mit der Erweiterung der Aussenräumlichkeiten der Stadthausanlage und der Zentralschulhausanlage. Erfahrungsgemäss führen sogenannte "Leuchtturmprojekte" zu Nachahmungstätern im nahen und etwas weiteren Umfeld. Die qualitative Entwicklung im Dietiker Zentrum ist wichtig und richtig.

Als Initialzündung waren zwei Punkte ausschlaggebend: zum einen die Standortevaluation Schulhaus Limmatfeld, welche einer ungenügenden Bewertung unterlag, indem man vermerkte, dass die Einheit Zentral bereits zu gross sei. Dies ist falsch. Es könnten sinnvoll Synergien genutzt werden. Zum anderen sind Provisorien immer zu teuer. Die Bauwerke sind nur gering günstiger, als normale Bauten. Der Unterhalt und der Betrieb sind im Allgemeinen deutlich höher, die Kosten fallen also faktisch doppelt an. Die einzige ökonomische Berechtigung hat ein Provisorium bei einer minimalen Nutzungsdauer von rund 30 Jahren.

Wichtig sind, im Zusammenhang mit dem Projekt, folgende Punkte zu erwähnen:

Die Idee Schöneegg soll langfristig nicht anstelle eines Schulhauses Limmatfeld/Silbern/Lerzen/Stierenmatt/Niderfeld funktionieren. Es soll schnell eine langfristige Möglichkeiten bieten und damit die aktuell fehlende Handlungsfreiheit wieder herstellen.

Sitzung vom 7. Mai 2015

Es soll auch nicht die Diskussion der Zumutbarkeit und des Wertes für die Entwicklung der Kinder betreffend des Schulweges abblocken. Der Grundsatz des zumutbaren Schulweges ist auch wichtig für das Potential der Idee Schöneegg. Ganz grundsätzlich kann gemäss der Rechtsprechung festgestellt werden, dass für Kindergärtler 1 bis 1.2 Kilometer, für Primarschüler bis 1.7 Kilometer und für Oberstufenschüler 2.8 Kilometer als zumutbar gelten, wenn bezüglich Verkehr bestimmte Anforderungen erfüllt sind.

Abschliessend erfolgen einige Aussagen zur Grösse des Projektes. So soll das komplette Schulhaus Zentral 1 und 2 mit allen notwendigen, aktuell zum Teil fehlenden Nebenräumen und Turnhallen in der Idee Schöneegg untergebracht werden, ohne dabei das gemäss Bauordnung zulässige Gebäudevolumen ganz auszunutzen.

Die Idee Schöneegg schafft nebst dem urbanen Nutzen auch Weite; grosszügige Räume und Plätze, die reich mit Bäumen bestückt werden können sowie die Dachflächen, welche als Dachgarten gestaltet werden. Wesentlich für den Nutzen als Investition ist eine schnelle Umsetzung. Sieben Monate wie beim Doppelkindergarten Sonnenhof, von der Offertstellung, der Planerleistungen, bis zur möblierten Übergabe, werden nicht reichen. Aber die Inbetriebnahme - mindestens von wesentlichen Teilen - auf das Schuljahr 2018/19 ist möglich, wenn man das Projekt jetzt an die Hand nimmt.

Er bedankt sich bei den Mitpostulanten für die Zusammenarbeit, der SVP für das Verständnis und dem Stadt- wie dem Gemeinderat für die Unterstützung.

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass er hinter diesem Projekt stehe, weil er diesen "Wurf" für Dietikon umfassend, flexibel und verantwortungsvoll findet. Im Limmattaler wurde die Projektidee mit einem "Chamäleon" verglichen; ein sehr passender Vergleich, ist doch dieses Tier ein Musterbeispiel von Variabilität. Genau so sollen die Räumlichkeiten dieser Projektidee genutzt werden.

Auch beim Thema Finanzierung ist variables Denken gefragt, ein Gedankenwechsel sogar zwingend notwendig. Da die meisten Parlamentarier nur vom Sparen sprechen, ist die Finanzierung dieses Projekts und somit das Aufzeigen, dass die Stadt nach wie vor überdurchschnittlich finanziert ist, eine wichtige Angelegenheit und dazu möchte er einige Gedanken einbringen, die vielleicht dazu führen, dass ein Perspektivenwechsel auch im Thema Finanzen möglich wird.

Das Projekt ist finanzierbar, weil das Land bereits im Besitze der Stadt Dietikon ist und somit kein Land gekauft werden muss. Dietikon kann sich, im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden, Sachwertinvestitionen leisten. Zukünftig muss kein Geld mehr unnötigerweise für Provisorien oder wenig befriedigende "Husch-Husch-Lösungen" in die Hand genommen werden. Aufgrund der Nähe zum Stadthaus und Zentralschulhaus muss auch die Infrastruktur nicht zweimal komplett neu angeschafft werden. So können Maschinen wie Putzmaschinen, Kärcher, Schneeräumer usw. für beide Gebäude genutzt werden. Zudem kann dieses Gebäude zu Zinssätzen finanziert werden, welche seinesgleichen suchen. Ferner hilft HRM2 (die neue Rechnungslegung) der Stadt Dietikon, die jährlichen Aufwandkosten substantiell zu reduzieren. Anstatt 10 % Abschreibung auf Immobilien kommen nur 3.03 % zur Anwendung. Bei Aufwendungen für Mobilien von 25 Mio. Franken müssen neu nur 12.5 % anstatt 20 % Abschreibungen gemacht werden, was noch einmal Minderkosten von rund 1.9 Mio. Franken im ersten Jahr ausmacht, weil nicht einfach sinnlos Reserven geschaffen werden, sondern Raummöglichkeiten entstehen, die bedarfsgerecht, vielfältig einsetzbar sind. Damit ist beispielsweise effizientes und zielführendes Arbeiten der Verwaltung auch zukünftig möglich.

Die Idee "Projekt Schöneegg" eröffnet Möglichkeiten, die bis jetzt noch nicht in den Köpfen der Stadtverantwortlichen Eingang gefunden haben. Er ist überzeugt, dass bei der Realisierung dieses Projektes einige andere Gebäude neuen Nutzungen zugeführt werden können, was wiederum Chancen gibt. Mit den Wohnungen "on top" sollen Sockelerträge erwirtschaftet werden, die schlussendlich die Erstellungs- und Betriebskosten reduzieren. Umfassend, flexibel und verantwortungsvoll: dies sind seine Attribute für dieses Projekt.

Sitzung vom 7. Mai 2015

Martin Müller (DP), erklärt, wenn er hier und jetzt einen Nichtüberweisungsantrag stelle, so passiere das nicht etwa, weil er den drei Verfassern dieses Postulates keinen Respekt für ihre sehr umfangreiche Vorarbeit entgegenbringen würde, sondern vielmehr weil es nötig sei, dass er die Haltung der Demokratischen Partei einbringen könne, bevor sich der Stadtrat mit dem Thema auseinandersetzt. Als Schulhaus stehe dieses Gebäude am falschen Ort. Der Schulweg vom Limmatfeld führt für einen Teil der Schüler über die Überlandstrasse, aus welcher in ein paar Jahren eine reich befahrene Umfahrungsstrasse werden soll. Ferner führt der Schulweg für alle Schüler durch die zu Stosszeiten stark frequentierte Bahnstrossenunterführung und zwar entgegen den Pendlerströmen. Die Demokratische Partei hält es für keine gute Idee, dort für Gegenverkehr zu sorgen. Dass das Gebäude als Schulhaus eigentlich am falschen Ort ist und höchstens eine Übergangslösung wäre, haben auch die Postulanten erkannt und legen deshalb ein relativ flexibel anpassbares Raumprogramm vor. Von Büros, über Gewerberäume bis hin zu Wohnungen soll alles möglich sein. Was da technisch sehr überzeugend daherkommt, hat es in Tat und Wahrheit in sich. So käme dann nämlich die Stadt zu einer Immobilie mehr, die verwaltet, vermietet, unterhalten und dereinst saniert werden will. Und das ist ja genau das, was die Stadt nicht kann, wie sie mehrfach bewiesen hat. Und die Forderung von Rosmarie Joss, es müsse dann aber ein rechter Anteil gemeinnütziger Wohnungsbau sein, liegt zwar noch nicht auf dem Tisch, aber Martin Müller wagt die Behauptung: Die wird folgen wie das Amen in der Kirche. Wo die Politik mitredet, haben es unternehmerische Ansätze schwer. Das fängt schon damit an, dass die öffentliche Hand immer zu teuer baut. Wenn die Stadt in diesem Umfang ins Immobilienbusiness einsteigt, dann gibt das am Schluss ein Verlustgeschäft. Deshalb sind die Demokraten dagegen, dass sich die Stadt hier im Sinne des Postulats engagiert. Es stehen zwei Alternativen im Fokus:

- 1) Im Niderfeld muss so oder so einmal ein Schulhaus gebaut werden. Mit ein wenig gutem Willen könnte man dieses sicher vorziehen. Das wäre, geschickt platziert, auch für die Limmatfeld-Kinder ein zumutbarer Schulweg.
- 2) Die drei Postulanten könnten sich selber als Investoren für das Projekt betätigen oder allenfalls welche suchen und im Gegenzug für eine grosszügige Baubewilligung der Stadt ein Vorkaufsrecht für Stockwerkeigentum im Umfang vom benötigten Schulraum inklusive Turnhalle, dem Stadtmusikprobelokal und den Kulturräumlichkeiten zu einem im Voraus festgelegten Vorzugspreis einräumen. So wäre dann zwar das Schulhaus immer noch am falschen Ort, aber wenigstens hätte man eines, ohne mit den übrigen Räumlichkeiten eine Aufgabe zu übernehmen, die nicht zur Kernkompetenz einer Stadtverwaltung gehört.

Manuel Peer (SP) erklärt, dass zwei, drei Sachen gesagt wurden, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden. Es handelt sich nicht um ein Schulhaus. Das Gebäude kann aber als Schulhaus genutzt werden. Man könnte so lediglich die Misere der Schulhausproblematik überbrücken. Es ist nicht die Idee, dort ein Schulhaus zu bauen. Die Behauptung, die Stadt baue zu teuer, stimmt bei einer gesamtheitlichen Betrachtung nicht. Es stimmt jedoch, dass das Submissionsverfahren das Bauen geringfügig teurer macht. Die Stadt muss aber keine Rendite erzeugen. Private brauchen mindestens 4.5 % Rendite, ansonsten lohnt sich ein Bau nicht. Finanzieren kann die Stadt das Projekt problemlos, sie kommt an die Mittel heran.

Mitten im Zentrum neben dem Stadthaus soll die Stadt Herrin über die Immobilien sein. Die Argumente muss man ernst nehmen.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass der Schulweg vom Limmatfeld her nicht ganz so gesehen werden könne wie behauptet. Es gibt Verbindungen in die Stadt, bei welchen die Überlandstrasse nicht gequert werden muss. Es gibt sicherlich noch Optimierungen für diese Verbindung. Die Limmattalbahn hat zudem auch ein Projekt, eine der Unterführungen massiv auszubauen. Das wird sicherlich fussgängerfreundlicher und somit sicherer. Die Leute werden davon profitieren.

Sitzung vom 7. Mai 2015

Es soll kein Schulhaus sein, sondern lediglich eine Zwischenlösung, um dem Schulraumproblem entgegenzuwirken.

Gemeinnütziger Wohnungsbau sei ein Verlustgeschäft, wird behauptet. Dem ist nicht so. Das Geschäft floriert, es wird kein Gewinn erwirtschaftet, aber Erträge, und dies ganz ohne Subventionen.

Das Projekt ist ein rein ökonomisches. Jedes Provisorium, das nicht 30 Jahre gebraucht wird, kostet die Stadt Fr. 400'000.00 und das ist eher tief berechnet. Aus dem Dilemma muss man raus kommen. Man kann das Gebäude auch anderweitig brauchen, die Struktur hat Bestand.

Martin Müller (DP) erklärt, dass er den Antrag auf Nichtüberweisung zurückzieht.

Ratspräsidentin Cécile Mounoud stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

V2.02.02.02 Bahnanlagen SBB

26-2015

Abbruch / Umnutzung Velohaus (Glaspalast) beim Bahnhof

Postulat

Stephan Wittwer (SVP), Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 5. März 2015 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat zu prüfen und entsprechend Bericht zu erstatten, unter welchen Bedingungen das Velohaus beim Bahnhof abgebrochen oder umgenutzt werden kann, damit die weitere Planung, im Zusammenhang mit der Limmattalbahn und einem attraktiven Zentrum, vorangetrieben werden kann.

Begründung:

Zurzeit gibt es bereits viele dezentrale Veloständer rund um den Bahnhof. Das Velohaus wird nicht wirklich gross verwendet und die dort abgestellten Velos hätten auch Platz bei den dezentralen Ständern. Bereits sind wieder Fr. 100'000.00 für Veloständer am Bahnhofplatz in der Investitionsrechnung 2015 vorgesehen.

Das Velohaus selber liegt quer in der Landschaft und hätte eigentlich nie gebaut werden sollen. Der Platz könnte mit Abbruch dieses Objektes besser und offener genutzt werden. Das Velohaus verbaut zudem die Sicht zum Bahnhof bzw. zum Löwenplatz. Der Platz könnte deshalb im Zusammenhang mit dem Bau der Limmattalbahn und dem geplanten Abbruch der zwei Liegenschaften optimaler genutzt werden."

Mitunterzeichnende:

Dopler Karin
Hogg Werner
Lips Werner
Müller Raphael

Howald Daniela
Burri Erich
Lips Konrad

Dätwyler Jörg
Romer Martin
Wyss-Tödtli Esther

Alfons Florian
Burtscher Rochus
Erni Markus

Begründung

Das Masterplanverfahren über die Linienführung der Limmattalbahn im Zentrum von Dietikon zwischen der Stadt Dietikon und der Limmattalbahn AG ist abgeschlossen. Für das Dietiker Zentrum konnten akzeptable bis gute Lösungen ausgehandelt werden. Direkt beim Bahnhof können die zu erwartenden Passagierströme mit grösseren Freiräumen bewältigt werden. Rings um den Bahnhof, von der Limmat bis ins Zentrum, werden die Plätze, Unterführungen, Strassen, Radwege und Trottoirs publikumsfreundlicher angelegt und erweitert, so dass man von eigentlichen Flaniermeilen sprechen darf. Wenn die zwei Liegenschaften gegenüber des katholischen Vereinshauses, welche die Stadt zu erwerben gedenkt, um diese anschliessend abzureissen, kann dereinst Platz für Neues entstehen. Das Velohaus steht inmitten eines grossen Platzes. Es ist in jeder Hinsicht eine Fehlplanung. Das Velohaus wird viel zu wenig genutzt. Diverse Anläufe für eine teilweise Umnutzung sind gescheitert. Der Gitterrostboden ist eine Fehlkonstruktion. Es besteht ein ungenügender Sichtschutz und bei nassem Wetter werden die unteren Fahrräder durch die oberen Fahrräder verschmutzt. Das Velohaus hätte gar nie an diesem Standort gebaut werden dürfen. Eindrücklich sieht man das direkt vor dem Stadthaus. Der Veloständer wird kaum genutzt, obwohl er keine 30 Meter vom Hauseingang entfernt steht. Vor dem Stadthaus stehen jetzt, kreuz und quer abgestellt, diverse Velos. Beobachtet man das Verhalten der Fahrradfahrer, kommt man zum Schluss, dass die Abstellplätze für Fahrräder näher am Bahnhof stationiert sein und vor allem dezentral in genügender Menge verfügbar sein müssen. Nur so können Anreize geschaffen und die Attraktivität gesteigert werden, auf das Fahrrad

Sitzung vom 7. Mai 2015

umzusteigen. Was geschieht nun mit dem Velohaus? Abbruch, damit ein grosser universell nutzbarer Platz entsteht? Oder doch eine Umnutzung? Wie wäre es mit einem Biergarten wie man ihn in München kennt? Im umgebauten Velohaus könnte die Infrastruktur dazu untergebracht werden. Stephan Wittwer hofft, dass im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept noch einige Verbesserungen im Zentrum möglich werden. Er würde sich freuen, wenn der Stadtrat das Postulat zum Anlass nimmt, den Gemeinderat über seine Pläne im gesamten Zentrum zu orientieren. Vielleicht kommt der Stadtrat noch auf viel bessere, kreativere Lösungen. Stephan Wittwer freut sich, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte.

Ratspräsidentin Cécile Mounoud stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

F3.08.02 Rechnungswesen, Unterschriften

27-2015

Einführung HRM2

Interpellation

Jörg Dätwyler (SVP), Mitglied des Gemeinderates, und 11 Mitunterzeichnende haben am 5. März 2015 folgende Interpellation eingereicht:

"Mit dem neuen Gemeindegesetz, das zurzeit im Kantonsrat beraten wird, soll das harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) in allen Zürcher Gemeinden eingeführt werden. Obwohl die Totalrevision des Gemeindegesetzes vom Kantonsrat noch nicht verabschiedet ist, sind die Vorbereitungen zur Umsetzung von HRM2 in Dietikon bereits im vollem Gange. In diesem Zusammenhang drängen sich folgende Fragen auf:

1. *Warum die Eile?*
2. *Welche Zürcher Gemeinden haben HRM2 bereits eingeführt und welche Erkenntnisse haben Sie dabei gewonnen?*
3. *Wie hoch sind die Kosten für die Umsetzung?*
4. *Wieviel davon wurde bis heute ausgegeben?*
5. *Wie hoch ist der Personalbedarf in Stellenprozenten?*
6. *Welches sind die Auswirkungen auf:*
 - a. *das Verwaltungsvermögen?*
 - b. *die Laufende Rechnung?*
 - c. *den Finanzausgleich (Übergangsausgleich)?*
 - d. *den Steuerfuss?"*

Mitunterzeichnende:

Howald Daniela	Erni Markus	Dopler Karin	Burtscher Rochus
Lips Konrad	Wittwer Stephan	Burri Erich	Müller Martin
Lips Werner	Felber Anton	Wyss-Tödtli Esther	

Begründung

Jörg Dätwyler (SVP) erklärt, dass mit dem neuen Gemeindegesetz die Rechnungslegung der Zürcher Gemeinden gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell (HRM2) für allgemein verbindlich erklärt wird. Das Ziel der Übung ist es, die Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Vor lauter Begeisterung über die fast landesweite Harmonisierung sollte man nicht vergessen, dass die Einführung dieser umfangreichen Massnahmen mit entsprechenden Kosten für die Gemeinden verbunden ist. Einmal mehr werden den Gemeinden mit übergeordneten Verordnungen und Gesetzen unnötige Kosten überwältzt. Nebst den Einführungskosten hat das neue Rechnungsmodell aber auch Risiken. So ist eine Neubewertung des Verwaltungsvermögens vorgesehen. Das bedeutet, dass zum Teil bereits abgeschriebene Vermögenswerte auf einen Schlag auf dem Papier mehr Wert haben. Eine städtische Liegenschaft, welche bereits weitgehend abgeschrieben ist, weist plötzlich wieder viel mehr Wert auf und muss erneut abgeschrieben werden. Weil Abschreibungen in der Jahresrechnung einen Aufwand darstellen, müssen diese mit Steuereinnahmen gedeckt werden, was letztlich einen direkten Einfluss auf den Steuerfuss hat. Das heisst nichts anderes, als dass unter Umständen für dieselbe städtische Einrichtung ein zweites Mal Steuern für Abschreibungen bezahlt werden müssen. Weiter bedeutet diese Neubewertung, dass das Eigenkapital der Gemeinden steigt, ohne dass auch nur ein Rappen mehr Liquidität vorhanden ist. Das weckt natürlich Begehrlichkeiten, schliesslich hat man ja jetzt wieder Geld. Eine ganz massive Überschuldung von mit Sozi-

Sitzung vom 7. Mai 2015

allasten gebeutelten Gemeinden wie es Dietikon ist, ist eine mögliche Konsequenz. Eine Mehrheit des Kantonsrates hat diesen Umstand erkannt und kurz vor der endgültigen Verabschiedung des Gemeindegesetzes noch eine entsprechende Änderung durchgebracht.

Jetzt ist die Neubewertung des Finanzvermögens nicht mehr ein zwingender Teil von HRM2. Die Gemeinden können zwar, aber sie müssen das Verwaltungsvermögen nicht neu bewerten. Dieser Beschluss ist erst nach dem Einreichen dieser Interpellation gefällt worden. Jörg Dätwyler hat sich in der Folge Gedanken gemacht, die Interpellation zurückzuziehen. Er ist aber der Meinung, dass die Fragen nach wie vor berechtigt sind. Schliesslich ist man in der Finanzabteilung bereits daran, sich für HRM2 vorzubereiten.

Ratspräsidentin Cécile Mounoud stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

GEMEINDERAT DIETIKON

Cécile Mounoud
Präsidentin

Philipp Meier
Sekretär-Stv.

Nadine Burtscher
Stimmzählerin

Rosmarie Joss
Stimmzählerin

Catalina Wolf-Miranda
Stimmzählerin